

## In Essen geboren, jetzt abgeschoben



Bereits zum zweiten Mal wurde der in Deutschland geborene und lebende Selamet Prizreni in den Kosovo abgeschoben, ein Skandal. (Foto: mac)

**Er kam in Deutschland zur Welt, ging in Essen-Frohnhausen zur Schule und ist in verschiedenen Initiativen vernetzt. Trotzdem wurde der Musiker und Roma-Aktivist Selamet Prizreni am Dienstag, 16. Mai, von der Polizei aus seiner Wohnung abgeholt und in den Kosovo abgeschoben – ausgerechnet an dem Tag, wo sich die Deportation niederländischer Roma in Konzentrationslager zum 73. Mal jährt. Seine Familie kämpft nun dafür, dass er wieder zurückkommen darf.**

Um 5 Uhr in der Früh habe eine Hundertschaft Sturm geschellt, während sie schon vor der Glastür der Wohnung stand. „Ich fragte mehrmals vergeblich nach dem Grund des Aufgebots, doch wurde ignoriert“, sagt Kefaet Prizreni, Bruder des abgeschobenen Roma Selamet, gegenüber der aktuell. Er schildert ein rabiaten Vorgehen der Beamt\*innen: Sie hätten ihn, nachdem er die Tür geöffnet habe, gegen die Wand gedrückt, einen Mitbewohner mit vorgehaltener Waffe aus dem Bett gezogen sowie sein Zimmer verwüstet und einen anderen Mitbewohner ebenfalls mit der Pistole drohend daran gehindert aus dem Bett zu steigen. Selamet sei – auch mit vorgehaltener Waffe – von mehreren Polizist\*innen überwältigt und gefesselt worden. Auf Anfrage rechtfertigt Polizeihauptkommissar Lars Lindemann das Vorgehen der Beamt\*innen: „In der betreffenden Wohnung befanden sich mehrere polizeibekannte Personen. Zudem konnte die Anwesenheit eines ‚Kampfhundes‘ nicht ausgeschlossen werden“, so der Hauptkommissar. „Allein schon aus Gründen der Eigensicherung ist somit ein konsequentes Vorgehen geboten“, führt er fort. Den Angaben von Kefaet

Prizreni widerspricht er nicht, Einzelheiten zum Einsatz seien ihm allerdings auch nicht bekannt.

### Schon das zweite mal abgeschoben

Um 14.24 Uhr hob das Flugzeug in Düsseldorf ab, mit dem Selamet abgeschoben wurde. Ziel: Pristina im Kosovo. Die Stadt Essen spricht derweil beschönigend von seinem „Herkunftsland“, in das er „überführt“ werde. Dass er in der Ruhrgebietsstadt Essen geboren wurde, spielt dabei keine Rolle. Schon 2010 wurden er und Kefaet in den Kosovo abgeschoben. Knapp fünf Jahre hätten die Brüder in dem für sie fremden Land gelebt, ehe die Abschiebung später für nicht rechtmäßig erklärt wurde. Dennoch erhielt er keinen gültigen Aufenthaltstitel. Die Geschichte der Brüder, die von Essen in den Kosovo abgeschoben wurden und zurück nach Deutschland kehrten, wurde schon 2016 in *Trapped by the Law* verfilmt.

Dass Selamet, der sich in der Essener Gruppe Roma Arts einsetzt, 1989 in Frohnhausen zur Welt kam, nachdem seine Eltern ein Jahr zuvor aus dem ehemaligen Jugoslawien wegen der ständigen Verfolgung, der Roma ausgesetzt sind, geflohen waren, ist für die Stadt Essen offenbar unerheblich. „Herr Prizreni verfügt über keine gültige Aufenthaltsgenehmigung für die Bundesrepublik Deutschland“, rechtfertigt die Stadt die Abschiebung des 28-Jährigen, der von seiner hochschwangeren Verlobten getrennt wurde. Auch seien Asylanträge bisher negativ ausgefallen – wie meistens bei Roma, deren Diskriminierung sowohl in Deutschland als auch in osteuropäischen Ländern ignoriert wird. Selamet sei nahegelegt worden, eine ‚freiwillige Ausreise‘ zu erwägen und ein geregeltes

### NSU-Komplex



Am Wochenende stand der NSU Komplex in Köln im Vordergrund. Unser Bericht auf den **Seiten 4/5**.

### Queere Kunst



Queere Kunst war Thema im Essener Folkwang Museum. Auf der **Seite 6** lest ihr unseren Artikel dazu.

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Visumverfahren zu beantragen. Das Konzept der ‚freiwilligen Ausreise‘ stößt vielerorts auf Kritik. Dabei handele es sich um einen reinen Euphemismus.

Kefaet ist sich sicher: „Die Abschiebung war nicht rechtens und der Staat zeigt wieder, wie erbarmungslos er ist.“ Deshalb fordert er die sofortige Rückkehr seines Bruders. Unterstützung erhält er von vielen Seiten. „Die Abschiebung folgt einer rassistischen Praxis, die wir mit dem Tribunal anklagen“, heißt es zum Beispiel von Tim Klodzko, Pressesprecher des Aktionsbündnisses ‚NSU-Komplex auflösen‘. An dem Tribunal, das am Wochenende in Köln stattfand, wollte auch Selamet einen Vortrag über institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus gegen Sinti und Roma halten. Die Behörden schoben ihn vorher ab. **[fro]**

### Petition für die Rückkehr Salemet's!

Der Bundes Roma Verband hat eine Online-Petition gestartet. Sie fordern nicht nur eine Rückkehr Salemet's, sondern auch ein sofortiges und dauerhaftes Bleiberecht für ihn: <https://www.openpetition.de/petition/online/bleiberecht-fuer-selami-prizreni-jetzt>

# Studi-Werk: Die Suche nach Verantwortung

## Kommentar

### Gebt den Studierenden ihre Freiheit zurück

Ein Kommentar von Mirjam Ratman

„Das Studium ist die beste Zeit des Lebens“ – so ein weit verbreiteter Klischeesatz. Es ist ein Ausspruch, den viele Studierende schon in der Schulzeit zu hören bekommen. Während die Schule Pflicht war und man sich durch unbeliebte Fächer quälen musste, sollte im Studium alles besser werden. War Sitzenbleiben in der Schule noch ein mittlerer Weltuntergang, stand das Studium einst vor allem für eins: Zeit haben und sich Zeit lassen.

Doch in der Realität sieht das inzwischen anders aus. Stichwort: Regelstudienzeit. Den Bachelor in durchschnittlich sechs Semestern, den Master in vier – das ist bei vielen Studiengängen angesetzt. Laut einer Studie des Statistischen Bundesamtes von 2014 schaffen nur 40 Prozent ihr Studium in dieser vorgegebenen Zeit. Daher kommt auch ein weiteres Klischee: Studierende sind faul. Dabei sind es meistens nur ein oder zwei Semester, die die Absolvent\*innen länger brauchen.

Was oft übersehen wird: Wie viele Studierende diese Regelstudienzeit einhalten müssen, um überhaupt weiter studieren zu können. Denn: Die BAföG-Förderung ist an die Regelstudienzeit gekoppelt. Rund 611.376 Studierende bezogen 2015 BAföG, durchschnittlich knapp 400 Euro pro Monat. Es sind 400 Euro, die darüber entscheiden können, ob jemand seinen Lebensunterhalt bestreiten kann oder nicht. Viele müssen zusätzlich Geld verdienen, was die Zeit, die dem Studium gewidmet werden kann, weiter einschränkt. Dabei ist der Lebensabschnitt an der Uni nicht nur dazu da, um sich durch wissenschaftliche Texte zu kämpfen. Allen voran soll er einem die Möglichkeit geben sich gesellschaftlich zu engagieren, Kontakte zu knüpfen und sich selbst zu finden.

Aber wie soll das noch gehen, wenn der Druck so groß ist das Studium in der vorgegebenen Zeit zu schaffen? Zumal in vielen Fächern Prüfungsordnungen kaum Raum für Fehlertitte lassen. Anstelle von gut ausgebildeten, frei denkenden Menschen, sind Studierende zunehmend überfordert von der Doppelbelastung Studium und Job, bekommen Depressionen oder Burn-outs. Wo ist die Freiheit, die uns unsere Eltern prophezeit hatten? Wo ist die Zeit, die uns versprochen wurde? Vielleicht ist diese Art von Studium nur eine Utopie. Doch es ist eine, die zum Denken anregt und die ein erstrebenswertes Ziel formuliert: Nämlich, dass schleunigst etwas getan werden muss, damit alle die gleiche Chance bekommen aus ihrem Studium die beste Zeit ihres Lebens zu machen.



Hausalarm im Studi-Wohnheim in der Eckenbergstraße führt zu neuen Spannungen. (Foto: caro)

**Bereits in der Nacht zum 11. Mai wurde im Studierendenwohnheim in der Eckenbergstraße in Essen-Kray der Hausalarm ausgelöst. Es folgte: Chaos. Der AStA, Studierende und das Studierendenwerk Essen-Duisburg sind sich seitdem uneins über die Zuständigkeiten und die Verantwortung der einzelnen Parteien.**

Gegen 23:30 Uhr ertönte der Hausalarm, der laut Studierendenwerk mutwillig von einer Person, die nicht Mieter\*in im Wohnheim sei, ausgelöst wurde. Anscheinend wurde der Alarm von mehreren Mieter\*innen als Feueralarm wahrgenommen. Laut Facebook-Post des AStA gingen diese davon aus, dass die Feuerwehr automatisch über den Alarm informiert wurde, so wie es auch an der Universität der Fall ist.

Erst nach Eigeninitiative konnten zunächst Feuerwehr und später der Sicherheitsdienst gerufen werden. Letzterer konnte gegen 2:30 in der Nacht den Alarm ausschalten. Der AStA wirft dem Studierendenwerk „komplette[s] Versagen des Krisenmanagements“ und ein „ungeeignetes Brandschutzkonzept“ vor. Sie fragen, warum selbst die Tutor\*innen der Wohnheime nicht über entsprechende Notfallkontakte verfügten.

### Fluchttüren nach innen

Das Studierendenwerk wirft in ihrer Stellungnahme vom 15. Mai den Bewohner\*innen vor, dass „teils Unsicherheit, teils Unwissen und fehlende Eigeninitiative“ dazu geführt hätten, dass die Feuerwehr nicht umgehend gerufen wurde. Christian Weidkamp, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des AStAs, macht jedoch deutlich: „Entgegen dem Eindruck, den das Studierendenwerk zu erwecken versucht, war fehlendes Wissen bei den Bewohnern nicht das einzige, was schief gelaufen ist.“ Auch in der Vergangenheit sei die Feuerwehr „ohne das Zutun der Bewohner gerufen

worden.“ Dass diesmal Eigeninitiative gefordert war, hätten diese daher nicht wissen können. Der Wohnheimtutor Till schildert, dass das Verlassen des Gebäudes erst zögerlich begann und bestätigt, nicht alle hätten gewusst, „wie sie sich zu verhalten haben“. Da er „keinen unnötigen Notruf absetzen“ wollte, habe er selbst erst nach 15 Minuten die Feuerwehr benachrichtigt. Das Krisenmanagement falle aber nicht in sein Aufgabenfeld. Da niemand einen Brand gesehen habe, könne er verstehen, dass diese zuvor noch nicht gerufen wurde. Allerdings sei ihm nicht klar, „dass der Hausalarm nicht als solcher verstanden wurde“. Das Studierendenwerk aber bleibt bei seinem Generalverdacht gegenüber den Studierenden. Johanne Peito vom Studierendenwerk argumentiert, nur Till habe die Feuerwehr verständigt und nur er habe daher gewusst, welche Maßnahmen zu ergreifen sind.

Der Pressesprecher der Feuerwehr, Mike Filzen, erklärt, dass es sich bei dem Objekt in der Eckenbergstraße nicht mehr um ein Studierendenwohnheim handele: „Das Haus ist seit Ende 2013 durch genehmigte Umbaumaßnahmen [...] ein Wohngebäude für studentisches Wohnen.“ Aufgrund dieser „Klassifizierung“ sei es erlaubt, dass sich Fluchttüren nach innen öffnen. Peito versichert ebenso, die Haustüren entsprechen „den genehmigten Brandschutzplänen“. Weiter bestätigt Filzen, die Hausalarmanlage habe keine „Übertragungsleitung zur Feuerwehr[.] Sie kann aber zum Beispiel auf einen privaten Sicherheitsdienst aufgeschaltet werden.“ Der Betreiber der Anlage sei verantwortlich, die Feuerwehr zu verständigen. Das dürfe „aber erst dann erfolgen, wenn die Ursache der Auslösung der Hausalarmanlage kontrolliert wurde“, so Filzen, da der Einsatz sonst kostenpflichtig wäre.

### Wenig Greifbares beim Studiwerk

Eine Anrufwefterschaltung zu einem zentralen Notdienst ist in der Eckenbergstraße vorgesehen. „Diese Anrufwefterschaltung hat an dem entsprechenden Tag leider nicht funktioniert. Das bedauern wir sehr und dafür möchten wir uns entschuldigen“, so Peito. Als Grund für den Defekt wird Vandalismus angegeben. Warum dieser das System außer Gefecht setzen konnte, statt grundsätzlich mit einkalkuliert zu sein, erläutert Peito nicht weiter.

Bei Einzug erhalte jede\*r Bewohner\*in die Notdienstregelung, der zu entnehmen sei, was in welchem Fall zu tun ist. Entgegen der Aussage Peitos, wird hier allerdings nicht der Hausalarm aufgeführt. Man wolle die Notdienstregelung „einer kritischen Überprüfung“ unterziehen und die Mieter\*innen in Zukunft besser aufklären. Weidkamp sieht hierin den ersten Schritt in die richtige Richtung, findet aber auch, „das Studierendenwerk sollte dringend ermitteln, wie es zu dem technischen Defekt kam und wie sich so etwas in Zukunft verhindern lässt. Den Willen dazu hat es [...] leider nicht deutlich gemacht.“ Die Stellungnahme und die Äußerungen Peitos lesen sich vor allem als Anklage gegen die Bewohner\*innen. [caro]



# Für ein soziales Zentrum: Hausbesetzung in Bochum



Schmeiß die Möbel in das Fenster, wir brauchen Platz zum Sitzen. (Foto: rod)

**Bochum-Hamme: 30 Menschen haben am Freitagabend, 19. Mai, ein leerstehendes Haus in der Herner Straße 131 besetzt. Seit Mitte 2016 ist eine Zwangsversteigerung des Hauses geplant, es steht seitdem leer. Die Hausbesetzer\*innen wollen das Ladenlokal zum sozialen Zentrum machen und bezahlbaren Wohnraum schaffen.**

Das Ruhrgebiet ist ein Ballungsraum für 5,1 Millionen Menschen. Einst war es als industrielle Herzkammer der Bundesrepublik bekannt, mit Arbeiter\*innen, die ihren Wohnsitz neben den Fabriken hatten. Seit der Kohlekrise 1958 wurde der Strukturwandel eingeläutet, mit neuen ökonomischen Grundlagen ein Fokus auf Dienstleistung, Bildung, Kunst und Kultur gelegt.

Damit veränderte sich auch das Wohnen. Früher noch an die Fabriken gekoppelt und später in die Hände der Kommunen übertragen, steht heute die systematische Aufwertung von beliebten Stadtteilen im Fokus. Damit geht eine starke Steigerung der Mietpreise einher. Wo früher Häuser besetzt wurden, die in öffentlicher Hand waren, sind sie heute oft Privateigentum.

## Vor fast 17 Jahren

Daraus folgt für viele Interessensgemeinschaften aus den Vierteln das sogenannte Recht auf Stadt. Im Film *Das Gegenteil von Grau* werden diese beleuchtet (aktuell berichtete). In diese Riege fügt sich die Initiative Squat Bochum ein. Im Fokus steht seit Längerem das Haus in der Herner Straße 131, wie Adrian Thomasson, einer der Besetzer\*innen der aktuell am Samstag erklärte.

„Das ist die erste Besetzung seit 2000. Damals wollten viele Bochumer die alte Feuerwehrwache zu einem antirassistischen Zentrum machen,“ sagt Adrian. Er gibt sich zuversichtlich. „Wir erfahren großen Zuspruch, viele Nachbar\*innen, auch aus den hier umliegenden Häusern, haben uns schon besucht,“ resümiert Adrian die knapp 24 Stunden im Haus.

Auch mit der bisherigen Eigentümerin habe man gesprochen, diese habe sich in Zurückhaltung geübt. Ebenso die Bochumer Polizei, die zwar „verstärkt hier Streife fährt, den Ort aber zuletzt mit den Worten ‚Macht doch was ihr wollt‘ verlassen hat,“ erläutert Adrian die Kommunikation mit

den Behörden. Gegenüber der WAZ bestätigte Polizeipressesprecher Jens Artschwager, dass sich „mehrere Personen unbefugt Zutritt zu dem Haus verschafft haben“. Die Maßnahmen würden derzeit „ergebnisoffen“ laufen, hieß es am Sonntag.

## Die Mieten steigen weiter

An selbigem lud die Initiative zum Grillfest im Hinterhof ein, bis zu 140 Menschen sollen daran teilgenommen haben. Sie wollen „selbstorganisiert und ohne Konsumzwang“ einen Ort für das politische und kulturelle Zusammenleben schaffen. Besonders attraktiv ist für Adrian die demografische Zusammensetzung vom Stadtteil Hamme: „Hier leben viele Migrant\*innen und Studierende, für die ein sozialer Freiraum ebenfalls eine Alternative sein kann,“ sagt er.

Auf den Flyern, die die Aktivist\*innen im Viertel verteilen, beklagen sie, dass „einige Menschen gar keinen Zugang haben zu gutem Wohnraum“. Damit spricht Squat Bochum ein bundesweites Problem an. Zwar ist die Mietsituation in Bochum vergleichsweise entspannt (aktuell berichtete), doch auch hier sind die Mietpreise seit 2012 um 11,9 Prozent gestiegen. 6,21 Euro kostet der Quadratmeter im Durchschnitt, wie *correctiv.rubr* im April diesen Jahres mit Daten des Forschungsinstituts Empirica recherchierte.

## Unklare Verhandlungsposition

Neben der grundsätzlichen Mietsituation, gibt es aber Probleme mit dem Haus: Laut einem Gutachten belaufen sich die Renovierungskosten auf 380.000 Euro. Davon lassen sich die Besetzer\*innen nicht abschrecken: „Kosten, die wir bei einer erfolgreichen Verhandlung bezahlen müssten, beziehen sich vor allem auf das Material,“ sagt Adrian und ergänzt: „Wir haben hier viele gut ausgebildete Kräfte, die gerne am und im Haus arbeiten würden.“

Wie die Chancen stehen, dass die Besetzer\*innen erfolgreich sein werden, ist unklar. Die Polizei hat gegenüber der WAZ angekündigt in dieser Woche aktiv werden zu wollen. Die Zwangsversteigerung ist zudem für den 22. Juni 2017 im Bochumer Amtsgericht angesetzt. Sollte die Besetzung bis dahin anhalten, wird sich zeigen wie die Verhandlungen mit den potenziellen Eigentümer\*innen verlaufen. [rod]

## Kurzgefasst

### AStA-Sitzung: Viel Diskussionsstoff

Online-Wahlen an der UDE? Über eine Einführung wurde zu Beginn der 5. AStA-Sitzung dieser Wahlperiode diskutiert. Dazu präsentierte Alexander Akbik von der Firma Polyas sein Konzept für Hochschulen, wie es bereits an den Universitäten in Jena und Gießen angewandt wird. Dort hatte es zu einer höheren Wahlbeteiligung geführt. Einige Referent\*innen standen dem Konzept im Bezug auf Datensicherheit skeptisch gegenüber.

Derweil hat sich das Hin und Her rund ums Studi-Ticket immer noch nicht auflösen lassen: „Das Ende meines Geduldsfadens ist erreicht“, sagte AStA-Vorsitzender Gerrit Tapper (UD). Er überlege einen Anwalt einzuschalten. Voran ginge es dafür bei den Verhandlungen zur Einführung einer Theaterpauschale (Theaterstücke für einen Euro) für UDE-Studierende. Einen konkreten Vertrag mit dem Aalto-Theater gibt es noch nicht. „Der Plan sieht aber vor, dass im WiSe 17/18 mit einer Testphase begonnen werden soll“, so Tapper. Kim Allendorfer (RCDS), Referentin für Ökologie, Mobilität und Gesundheit, musste anschließend den Vorschlag verteidigen, eine Kooperation mit Studi-Bus, die für Studierende günstig Transporter vermieten, eingehen zu wollen. Viele Mitglieder des Plenums äußerten Bedenken, da der AStA letztlich bloß Werbung für das Unternehmen mache, aber im Gegenzug nichts gewinnen würde. Dennoch einigte man sich darauf, weiter mit Studi-Bus im Gespräch zu bleiben, unter der Bedingung, sich für Vergünstigungen einzusetzen.

Für weiteren Diskussionsbedarf sorgte der Bericht aus dem Finanz-Referat. Johannes Bode (LHG) äußerte die Überlegung, eine sozial gerechtere Vergütung für die AStA-Referent\*innen und Honorarkräfte anzustreben, damit diese ihren Lebensunterhalt finanzieren und keinen Zweitjob haben müssten. „Es ist fraglich, ob durch solche Konstellationen nicht entweder die Arbeit im AStA leidet oder zumindest die im Studium“, so Bode gegenüber der aktuell. Er sehe an der derzeitigen Lage gerade für sozial schwache Studierende einen Hinderungsgrund, sich im AStA zu engagieren. Gegenwind bekam er von Katharina Herbrich (Antihelden), die anmerkte, dass die AStA-Tätigkeit ein Ehrenamt sei und man dahingehend schon genug beziehungsweise zu viel bekommen würde. Das Finanz-Referat berichtet zudem, dass die Rücklagen wider Erwarten doch gestiegen seien und daher der Haushaltsplan nun überarbeitet werde. Näheres dazu wird bei der nächsten Stupa-Sitzung am 24. Mai bekannt gegeben. [rat]

# „Wir bitten nicht mehr; wir klagen selbst an“



Parade und Forderungen: Beim „Auszug aus der Fabrik“ klagten die Menschen um die Opfer und stellten Forderungen für eine Zukunft ohne Rassismus auf. (Foto: rod)

**9. Juni 2004. In der Kölner Keupstraße – einer belebten Straße, wo vor allem Migrant\*innen leben – explodiert eine Bombe. 850 teils verdrehte Nägel bohren sich in Beton, Stein und Menschen. Es ist ein Wunder, dass niemand stirbt. Vom 17. bis 21. Mai hält die Zivilgesellschaft – wenige hundert Meter vom Tatort entfernt – im Schauspielhaus das zivilgesellschaftliche Tribunal ‚NSU-Komplex auflösen‘ ab. Statt den Täter\*innen stehen die Opfer des selbsternannten rechtsterroristischen Netzwerks Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) im Fokus. Sie klagen um die Ermordeten, die Akteur\*innen dahinter an und eine andere Gesellschaft ein.**

Beinahe 13 Jahre später in der Keupstraße – der heißeste Frühlingstag bisher in diesem Jahr. Im Depot 1 des Schauspielhaus‘ um die Ecke steht die Luft. Hunderte Menschen sind gekommen, das Thema rassistische Morde in der Bundesrepublik bekommt mehr mediale Aufmerksamkeit als in den vergangenen Monaten. Grund ist das Tribunal zum NSU-Komplex: Fünf Tage lang klagen Betroffene den gesamtgesellschaftlichen und institutionellen Rassismus an, der immer wieder in Morden, Brandanschlägen und rechtem Terror gipfelt.

Dabei geht es bei weitem nicht nur um das rechtsterroristische Netzwerk. „Um den NSU-Komplex aufzulösen, müssen wir über den Rassismus in dieser Gesellschaft sprechen“, sagt Mitat Özdemir von der Initiative Keupstraße ist überall, die das internationale Treffen mitorganisiert. Deshalb dreht sich das Tribunal nicht nur um den NSU, der zehn Menschen ermordete. Geladen sind etwa auch Esther Béjarano, die das Konzentrationslager in Auschwitz überlebte, Gülistan Avcı, Witwe des 1985 von Nazis in Hamburg ermordeten Ramazan Avcı und Ibrahim Arslan, der den Brandanschlag von Mölln 1992 überlebte. Es soll gezeigt werden:

Rassistische Gewalt hat in Deutschland Kontinuität.

## „Es gab nichts, an was man sich festhalten konnte“

Und es soll einen Perspektivwechsel geben. Statt nur über die Täter\*innen zu sprechen, sollen die Opfer zu Wort kommen, die große Stärke des Tribunals. Deshalb heißt der Auftakt auch „Eröffnung – die Perspektive der Migration“. Im Saal des Depot 1 sind dafür Inseln mit Tischen in den Zuschauerraum eingelassen, die die Trennung zwischen Bühne und Zuschauerraum aufheben. Betroffene wie die Brüder Yildirim, denen der Friseursalon gehörte, vor dem die Bombe an der Keupstraße explodierte, sitzen mitten im Publikum und berichten: „Unser Geschäft war kaputt, unsere Familie auseinandergerissen. Es gab nichts, an was man sich festhalten konnte“, so Özcan Yildirim. Der Prozess bringe keine Ergebnisse, sie seien frustriert.

Eindrücklich sind auch die Schilderungen von Gülistan Avcı. Als sie vom „schmerzhaftesten Tag ihres Lebens“ berichtet, weinen viele der Zuhörer\*innen. Jahrelang setzte sie sich in Hamburg für ein Denkmal an dem Ort ein, an dem ihr Mann Ramazan ermordet wurde. „Ich hoffe, dass auch das Tribunal ein Echo hervorruft und neue Weichen für die Erinnerungskultur stellt. Mit dem Gerichtsurteil wird der Kampf nicht beendet sein. Kein Schweigen! Kein Vergessen!“, sagt Avcı mit einer schweremütigen, aber kämpferischen Stimme. Eröffnet wird das Tribunal dann mit den Worten: „Wir sind alle hier, damit haben wir gewonnen. Wir bitten nicht mehr; wir klagen selbst an. Wir nennen die Täter beim Namen. Wir sind Tausende.“

Auf den Bühnen wird dann unter anderem das Stück „NSU-Monologe“ aufgeführt, das von den Kämpfen der Familien Kubaşık, Şimşek und Yozgat nach der Ermordung ihrer Angehörigen erzählt. Ausstellungen, Theaterstücke, Musik, Filmvorführungen, Workshops und Vorträge.

Das Rahmenprogramm ist vielseitig.

Die Installation „Sequenzen – Erinnerung – Wechsel“ beschäftigt sich mit dem gesellschaftlichen Kontext, in dem der NSU morden konnte und lässt weitere Betroffene in etwa zehnminütigen Interviews zu Wort kommen: „Meine Oma wickelte mich in nasse Handtücher und brachte mich in die Küche. Dort überlebte ich, weil sie nicht brannte“, schildert Ibrahim Arslan, der den Anschlag in Mölln überlebte. Er verlor im Feuer seine Schwester, Cousine und diese Großmutter. Anschließend wurde die Familie gezwungen, noch fünf Jahre in dem Haus zu wohnen. Auf den Gedenkveranstaltungen sprachen Stadtspitzen – aber nicht die Hinterbliebenen. Heute organisiert Arslan selbst ein Gedenken – ohne die Stadt.

Neben politischer Bildung sollten das Tribunal ‚NSU-Komplex auflösen‘ aber auch seinem Auftrag gerecht werden. Als Tribunale werden politische Sondergerichte, aber auch zivilgesellschaftliche Initiativen bezeichnet, die auf gesellschaftliche Missstände hinweisen und den Opfern eine außergerichtliche Form von Gerechtigkeit zukommen lassen sollen.

Berühmte Beispiele dafür wurden auf der Eröffnung vorgestellt. So etwa das Russell-Tribunal, das die Kriegsverbrechen in Vietnam dokumentierte oder die „Internationale Untersuchungskommission zur Aufklärung des Reichstagsbrandes“, auf der im Jahr 1933 Jurist\*innen in London statt den von den Nazis angeklagten Kommunist\*innen ihrerseits die Nazis für das Feuer verurteilten. Sie führten einen Prozess vor dem Prozess und lieferten damit Gegenbeweise für das von den Nazis durchgeführten Verfahren im gleichen Jahr in Leipzig.

## „Auch der Staat gehört auf die Anklagebank“

Das NSU-Tribunal im Kölner Schauspiel sollte dagegen während des laufenden Prozesses in München einen Drei-Schritt machen. Zunächst sollte mit dem Punkt „Wir klagen um...“ der Trauer Raum gegeben werden. Anschließend sollte aber auch unter dem Motto „Wir klagen an...“ eine konkrete Anklage vorgestellt werden. Und so entstand bis Samstagabend eine 63-seitige Schrift. Anzuklagen gibt es für die Opfer einiges.

Im Fokus stehen Nazis, Politiker\*innen, Verfassungsschutz, Polizei und Medienvertreter\*innen. Sie werden für das Klima der Straffreiheit für rassistische Gewalt in den 1990er Jahren verantwortlich gemacht. Einige von ihnen sollen den neonazistischen Terror direkt oder indirekt unterstützt haben. Außerdem seien die Taten verharmlost und die Opfer in den Medien diffamiert worden. Anschließend hätten die Behörden vertuscht, die Bundesanwaltschaft sich nur auf das Trio konzentriert. Insgesamt würde den Hinterbliebenen dadurch Gerechtigkeit verweigert: Durch fehlende Aufklärung, Entschädigung und Missachtung ihrer



Position beim Gedenken.

Die Motive für die Anklage werden zu Beginn beschrieben: „D[ie] wesentliche[n] Fragen sind ja nicht beantwortet: Wie groß war der NSU wirklich? Welche Rolle spielte der Verfassungsschutz? Welche Verantwortung trug institutioneller Rassismus? Wir haben jetzt fünf konkret für die Taten Angeklagte. Aber auch der Staat gehört auf die Anklagebank. Diejenigen, die die Neonazi-Szene geschützt und gefördert haben, die Unschuldige verfolgt und Hinweise auf das Trio ignoriert haben“, wird Mehmet Daimagüler, Vertreter der Nebenklage im NSU-Prozess, zitiert.

### „Akten geschreddert und Spuren systematisch verwischt“

Wie bei der Eröffnung schon angekündigt, werden in der Anklageschrift 97 gefettete Namen genannt. So etwa Bundeskanzlerin Angela Merkel, die als Bundesministerin für Frauen und Jugend zwischen 1991 und 1994 Projekte schuf, die in die Hand von Neonazis gelangten: „Der Jugendclub Dichterweg in Weimar: Merkel besuchte das Haus 1992. Unter der Reichskriegsflagge sitzend, soll sie einen eher positiven Eindruck gehabt haben.“ Später habe Merkel leere Versprechen gemacht: „Nach der Selbstenntarnung des NSU versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel den Betroffenen eine lückenlose Aufklärung. Stattdessen wurden Akten geschreddert und Spuren systematisch verwischt“, so die Schrift. Mit ihr wird die Bundesrepublik Deutschland angeklagt.

Auch 17 Neonazis, die teilweise für den Verfassungsschutz arbeiteten, werden aufgeführt – sie sollen zeigen, dass es ein Netzwerk und kein Trio war, das mordete. Unter anderem liest man dort den Namen des Norwegers Erik Blücher: „Für Blood & Honour entwickelte er für deren bewaffnete Formation ‚Combat 18‘ Blaupausen für den Untergrundkampf.“ [Anm. d. Red.: „Blood & Honour ist ein seit 2000 verbotenes extrem rechtes Netzwerk, das den NSU unterstützte. *Report Mainz und Fakt* recherchierten im Mai 2017, dass der Kopf des deutschen Ablegers V-Mann gewesen sein soll. Seit kurzem gibt es wieder Hinweise auf Aktivitäten der Gruppe in Deutschland.]

Auch V-Mann und Neonazi Tino Brandt taucht auf: „Wir klagen die V-Person des Thüringer Verfassungsschutz, Tino Brandt, des Aufbaus der Dachorganisation des NSU, den Thüringer Heimatschutz, und der Unterstützung des NSU an.“ Auch die Ehefrau des Mitangeklagten André Eminger, Susann, wird für die Unterstützung des NSU angeklagt.

Für die indirekte Unterstützung des NSU listet die Anklage zahlreiche Namen von Verfassungsschutzbeamten\*innen auf. So etwa den von Helmut Roewer, von 1994 bis 2000 Präsident des LfV Thüringen. Er bezahlte V-Mann Tino Brandt und sagte 1999 auf einer Podiumsdiskussion in Jena NS-relativierend: „Das Dritte



Abschluss des Tribunals in der Keupstraße. Die Teilnehmer\*innen sangen Bella Ciao. (Foto: rod)

Reich ist eine bestimmte Epoche in der deutschen Geschichte, und diese besteht nicht nur aus Verbrechen.“ Auch der V-Personen-Führer des Verfassungsschutz Hessen, Andreas Temme, taucht in der Anklage auf. Er war zum Zeitpunkt des Mordes an Halit Yozgat im Kasseler Internetcafé und offenbarte gegenüber einer Kollegin Täterwissen.

Später stritt er aber vor dem Bundestag ab, etwas bemerkt zu haben oder von der Mordserie überhaupt über den Dienstweg gewusst zu haben. Die Anklage sagt: „Diese Aussagen sind durch die Forschungsergebnisse von Forensic Architecture und die Ermittlungen im Untersuchungsausschuss des hessischen Landtages zum NSU als das zu qualifizieren was sie sind: Lügen.“ Einige Opfer vermuten sogar, dass es sich bei Temme um den Mörder handele. Angeklagt ist er aber nur dafür, die Aufklärung aktiv zu behindern.

### „Anfang statt Schlusspunkt“

Aber was passiert nun mit dem Papier? Man wolle anklagen statt verurteilen, einen politischen Anfang statt einen juristischen Schlusspunkt setzen. Die Öffentlichkeit solle weitere Forderungen stellen und die Anklage sei „eine notwendige Intervention, die von Vielen getragen werden muss. Unsere Anklage gehört euch“, so die anonym bleibenden Autor\*innen.

Ihre jeweiligen Forderungen hatten die Betroffenen und Teilnehmer\*innen während des Tribunals bereits formuliert und auf Plakate geschrieben. Am Sonntag, 21. Mai, sollten sie beim abschließenden „Auszug aus der Fabrik“ getragen werden. Mit Bildern von den Ermordeten und den Schriftzügen „kein weiteres Opfer!“, „kein Schlussstrich“, „nie wieder NSU“ oder „wir fordern vom Staat: Den Mörder von Burak zu finden!“ [Anm. d. Red.: Burak Bektaş wurde 2012 in Berlin-Neukölln auf offener Straße erschossen, der Mord ist ungeklärt] zogen sie am Tatort des Bombenanschlags vorbei, um für die „Gesellschaft der Vielen“ zu demonstrieren. [mac]

## Beteiligen!

### Islam Kompakt – Muslime erzählen: Ramadan



Warum Ramadan mehr als Fasten ist, erklärt Islamwissenschaftler Yasin Cakir. Denn auch viele andere Facetten des Glaubens treten in der Zeit besonders in den Vordergrund. Um eine Anmeldung unter [info@ruhrdialog.org](mailto:info@ruhrdialog.org) wird gebeten.

➤ **Mittwoch, 24.05, 18.30 bis 20 Uhr, Tuple Kulturzentrum, Herkulesstraße 14, Essen, Eintritt frei**

## Ballern!

### WILD & TON

Naherholung at its best an der Duisburger Sechs Seen Platte. Am Samstag, den 27. Mai wird die Idylle zumindest am Wolfsee für einige Stunden unterbrochen. Und das aus gutem Grund. Die MIMO Beachbar gibt die Bühne frei für das Wild & Ton Festival. Einen ganzen Tag gibt es Techno auf die Ohren. Zu Gast an den Plattentellern ist unter anderem die bezaubernde Bebetta aus Berlin. Egal wie das Wetter wird, für feierwütige Stampferei ist ausreichend gesorgt.

➤ **Samstag, 27. Mai, 14 bis 22 Uhr, MIMO Beach, Kalkweg 262, 47279 Duisburg, Tickets im VVK 12 €, 15 € AK**

## Beteiligendes Ballern!

### CSD Düsseldorf

Am Wochenende steht die Landeshauptstadt wieder im Zeichen des Christopher Street Day. Neben der obligatorischen Demonstration für LGBTIQ-Rechte stehen ein Straßenfest, ein Gottesdienst und ausschweifende Partys auf der Agenda. Außerdem findet am Samstag ab 22 Uhr im Stahlwerk (Ronsdorfer Straße 134) die offizielle CSD-Party statt, von der großen Liebe bis zur Freundschaft auf ewig: All inclusive.

➤ **Freitag, 26.05. bis Sonntag, 28.05, Johannes-Rau-Platz, Düsseldorf, Eintritt frei**

# „Museum under attack“

Vergangenes Wochenende, am 19. und 20. Mai, fand im Folkwang Museum Essen in Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum das „interkulturelle Symposium“ zum Thema Queer Exhibitions/Queer Curating statt. Beleuchtet wurden mit Vorträgen und Diskussionen, größtenteils in englischer Sprache abgehalten, queere Ausstellungen im politischen und kulturellen Kontext. Dabei stand die Frage im Raum: Wie wird Queerness inszeniert und rezipiert und welches Potenzial bietet das?

Am Rüttenscheider Stern raus, die „Rü“ runter, dann links und das riesige steinerne Gebäude steht vor einem. Samstags scheint das Folkwang gut besucht zu sein, im gläsernen Eingangsbereich plaudern allerlei Personen. Das Symposium ist hinten zu finden, Teilnehmende bekommen eine namentlich verzierte Ansteckkarte und müssen einmal durch die ganzen hübschen Malereien an den weißen Wänden vorbei bis man im richtigen Flur ankommt. Securitys und Snacks, einige rauchen noch im Innenhof, der nächste Vortrag beginnt gleich. Im andächtig beleuchteten, einem Vorlesungssaal ähnlichen Raum referiert Julia Friedrich, Kuratorin im Museum Ludwig in Köln, zur dortigen Ausstellung „The Eight Square“. Organisiert wurde die Ausstellung 2006 von Frank Wagner, der 1988 die erste deutsche Ausstellung zum Thema AIDS ins Leben gerufen hat.

Vorab definiert sie „Queerness“ als das radikale Zeigen des Selbst, was auch immer das sei. „The Eight Square“ habe versucht, bekannte Kunstschaffende wie Cindy Sherman in queerem Licht zu zeigen: wo sie aus Geschlechts- und Sexualitätsklischees ausbrechen. 80 Künstler\*innen und 150 Werke seien dabei zusammengekommen, obwohl die Deutsche Kunstförderung damals ablehnte für Subkultur zu zahlen.

## Architektur marginalisierter Kunst

Der israelische Künstler David Wojnarowicz war zuständig für die Präsentation und Visualisierung der Kunstwerke im „Achten Feld“. Er verteilte die Kunstwerke in verschiedene Sektionen im Ausstellungsraum nach Begriffen wie Identität, Transsexualität, AIDS, Diskriminierung und Frauen\*befreiung. Er versuchte damit, die gesellschaftliche Logik der sozialen Hegemonie umzukehren und das Marginalisierte ins Zentrum zu rücken. Das umkehrende Element taucht auch darin auf, dass er versucht die Logik des Darkrooms und der „weißen Box“ (ein Begriff für das moderne Museum, der im Symposium öfter benutzt wird) zusammenzuführen. Dazu schafft er mit unzähligen weißen Papierwänden, die meistens von der Decke abfallen, die Kunsträume voneinander abzutrennen und somit Privatsphäre im öffent-



Eindrücke vom Symposium im Folkwang-Museum. (Foto: lys)

lichen Raum zu ermöglichen. Der „private/safe space“, der auch aus der Queer-Szene der 60er Jahre stammt, wird damit nicht nur dargestellt sondern als Prinzip im Museum umgesetzt. Ebenso werden kleine, überwindbare Hindernisse zur Betrachtung eingebaut, damit die Trennung von außer- und innerhalb des Museums verschwimmt. Friedrich spricht davon, dass ein geladener Stripper als Pflichtteil der Kunsterfahrung diene, der nur mit einer silbernen Unterhose bekleidet im Museumssaal tanzte und dann ging. Damit seien die „sacred halls of museum under attack“, obwohl das Gebäude per Definition ein Museum bleibe. Die Poster für die Ausstellung, die einen unrasierten Mann im Minirock von unten fotografiert darstellen, wurden 2006 in Köln nicht zugelassen, obwohl so etwas in Berlin beispielsweise kein Problem sei. Sie schließt den Vortrag diesbezüglich lachend mit den Worten: „Wer keinen Gegenwind erhält, segelt in die falsche Richtung“.

## Die weiße Box überwinden

In der Pause versammeln sich junge Kunstinteressierte im Raucherbereich. Kim, angehende Kuratorin aus dem queer-feministischen Kontext, die seit Freitagabend dabei ist, berichtet über ihre Eindrücke des Symposiums: „Es werden theoretische Inhalte mit praxisorientierten Vorträgen, wie Ausstellungen konzipiert wurden, verknüpft. Damit wird gezeigt, wie das ritualisierte, passive Anschauen im Museumskontext aufgebrochen werden kann.“ Auch in den folgenden Vorträgen von Thom Collins, Direktor der Barnes Foundation Philadelphia und Jonathan Katz, Kunsthistoriker und Kurator wird viel über das Potenzial von Queerness gesprochen – dabei fallen elementare Verbindungen mit Andy Warhol, Pop-Art und den 60er Jahren auf. Collins bezieht sich auf das Museum als aktivierte Heterotopie, also

gelebte Utopie wenn Queerness als Konzept Teil von allem ist. Das würde neue Identifikationsmöglichkeiten und Selbstexpressionen hervorbringen und damit die bestehende Gesellschaft überwinden. Katz hingegen erklärt die Bedingungen für die Ausstellung queerer Kunst heute in Amerika: Queeren Kunstschaffenden steht oft ein konservatives Netzwerk von Kurator\*innen gegenüber, die selten das Risiko unkonventioneller Kunst tragen wollen. Gleichzeitig erläutert er die Relevanz von queeren Perspektiven, dass Räume besetzt werden, damit queere Kultur sich an vielen Stellen ausdrücken kann: wie zum Beispiel in Sitzmöglichkeiten, die an Analsex erinnern. Queere Kunst könne somit dazu anhalten, Teppiche und Stühle, jedes Ding und jeden Begriff, neu zu denken und zu interpretieren.

## Gendertrouble und Konsum

Kim erzählt, dass während der Podiumsdiskussion am Freitag Kritik daran aufkam, dass viele männliche, weiße, schwule Personen abgebildet und ausgestellt wurden. „Es sei oft schwieriger, weibliche- und People of Colour-Netzwerke zu adressieren“. Die Vortragenden sahen, trotz Beweis der Reflektion von Geschlechtskategorien, überhaupt nicht nach gendertrouble aus: die männlichen Personen trugen Anzüge, die weiblichen Kostüme – alles sehr schick und konventionell. Auch daran zeigt sich das Spannungsfeld queerer Inhalte mit dem modernen Kunstbusiness. Kim weist darauf hin, dass mittlerweile LGBT-Personen als Zielgruppe für Produkte am Markt explizit angesprochen werden. Jedoch sei es bei queeren Personen, aufgrund der bewusst offen gehaltenen Kategorie und Bekenntnis zu Fluidität des Charakters, fast unmöglich, ein vorgefertigtes Identitätskonzept herauszufiltern, um als berechenbare\*r Konsument\*in angesprochen zu werden. [lys]



# Alles neu im Duisburger BB-Foyer



Feierliche Eröffnung des neuen BB-Foyers mit offiziellen Vertreter\*innen. (Foto: mehu)

**Studentischer Lernraum ist knapp an der Universität Duisburg-Essen (UDE), daher zieht es Studierende oft in die Seminarräume, wenn es in der Bibliothek wieder mal eng wird. Im B-Bereich der Duisburger Oststraße jedoch ist das nicht ohne Weiteres möglich, denn die Seminarräume dürfen zum Lernen nicht genutzt werden. Für etwas Entspannung soll nun der vergangene Freitag, 19. Mai, eröffnete Lernraum im Foyer des BB-Gebäudes sorgen. Studierende mehrerer Fachschaften haben ihn in über acht Jahren erkämpft.**

Breite Türen mit automatischer Türöffnung, Tische in der Höhe, sodass auch Menschen im Rollstuhl problemlos daran arbeiten können und die Steckdosen und Netzwerkan schlüsse so eingerichtet, dass Menschen mit Rückenbeschwerden keine Belastung haben. Dazu noch Elemente an der Wand, die aussehen wie eine riesige Pinnwand. Sie dienen zur Verbesserung der Akustik. Der Raum bietet etwa 30 Studierenden Platz zum Lernen und Arbeiten.

Es ist der erste Raum seiner Art an der UDE. Ihn zu planen war ein langer Prozess, verbunden mit vielen notwendigen Auflagen. Zu verdanken ist er engagierten Studierenden der Fachschaftsrate Elektro- und Informationstechnik sowie Nano Engineering. Von der ersten Idee bis zur Fertigstellung sind acht Jahre ins Land gezogen. Maßgeblichen Anteil daran hatte Tobias Kraus, 27 Jahre alt und Student des Nano Engineerings. Er hat das Projekt vor zwei Jahren übernommen, seitdem viele Anträge geschrieben und das Ganze gemeinsam mit einer Architektin begleitet. Vor zwei Jahren reichte er den letztlich erfolgreichen Antrag bei der Qualitätsverbesserungskommission (QVK) ein. Er war es auch,

der am Freitag den Raum mit einigen Großworten stolz und erleichtert eröffnen durfte.

Ohne Hilfe jedoch hätte Tobias das Projekt nicht stemmen können, nicht wenige unterstützten ihn bei der Realisierung des Raumes. Zugegen waren unter anderem die Architektin der UDE, eine Innenarchitektin, das Gebäudemanagement, der Förderverein der Ingenieurwissenschaften, der Studiengangskordinator der Elektro- und Informationstechnik und ehemalige Studierende aus dem Fachschaftsrat. Insgesamt belaufen sich die Kosten auf knapp 100.000 Euro. Tobias Kraus rechnete vor: „Die Kosten für den Raum inklusive der Ausstattung beliefen sich auf 99.000 Euro aus den Mitteln der QVK. Hinzu kamen 25.000 Euro die von der Abteilung EIT (Elektro- und Informationstechnik) bereitgestellt wurden. Der Großteil der Kosten verteilte sich auf die Brandschutzvorgaben. Es mussten bestimmte Materialien für Möbel und Wandverkleidungen angeschafft werden, die sehr teuer waren.“

## Prekäre Raumlage

Dass gerade der B-Bereich mit seinen fast 2.000 Studierenden an der Duisburger Oststraße eine Lernfläche dringend nötig hatte, erklärt Tobias: „Die Idee einen neuen Studierendenarbeitsraum zu bauen entstand bereits 2009 als die Studierendenzahlen im B-Bereich stetig stiegen. Mit dem Raum BA026 und den umliegenden Seminarräumen erfreute sich der B-Bereich immer größerer Beliebtheit unter den Studierenden.“ Dies liege auch an der Nähe zur Innenstadt, sowie den direkt angrenzenden Studierendenwohnheimen. Das BB-Foyer sei damals ursprünglich zum Aushängen der Noten verwendet worden, da dies aber mittlerweile ausschließlich digital geschieht, sei die Fläche nicht mehr benötigt worden.

„Die Fachschaftsrate Elektro- und Informationstechnik und Nano Engineering haben daraufhin die Gespräche mit der Abteilung aufgenommen, ob es möglich ist diese Fläche für einen Studierendenarbeitsraum zu nutzen,“ erklärt Tobias. Die habe sich von Anfang an auf der Seite der Studierenden gesehen und die Idee tatkräftig unterstützt. Das Rektorat habe die Situation damals anders eingeschätzt und „sah keine Notwendigkeit für eine Lernfläche“ und verwies auf bereits bestehende Flächen in anderen Bereichen. Erst die studentischen Vertreter\*innen in der QVK hätten einstimmig für den Antrag gestimmt. Kraus ist darüber sehr glücklich: „Hätten die Studierenden nicht so entschlossen für den Bau dieses Raumes gestimmt, dann wäre diese Fläche heute noch ungenutzt und würde niemanden etwas nützen. Dementsprechend sind wir froh, dass wir so eine gut zusammenarbeitende Studierendenschaft haben,“ resümiert Tobias den Erfolg.

## Feedback durchweg positiv

Die rund 20 Studierenden, gleichsam alle aus den genannten Fachschaften sind voll des Lobes über ihren neuen Lernraum. Michele, 23 Jahre alt und Studierende der Nano Engineering, sagt: „Mehr Lernfläche tut dem B-Bereich sehr gut. Denn viele Studierende aus anderen Fachbereichen belegen oft die Flächen. Da ist es natürlich gut, dass wir im BB-Foyer Hausrecht haben.“ Laurenz, 21 Jahre alt und ebenfalls Student der Nano Engineering, ergänzt: „Die zahlreichen Akustikelemente erhöhen die Qualität der Lernatmosphäre.“ Nicht nur die Elemente hätten eine positive Auswirkung auf die Akustik, auch die Sitzmöbel selber schlucken den Schall.

Das merkte man auch als der offizielle Teil zu Ende war und die Studierenden den Raum für sich hatten. In Windeseile wurden die Beerpongische aus der Fachschaft geholt und aufgebaut, sodass der Raum BB-Foyer standesgemäß eingeweiht werden konnte. Es war laut, hallte aber nicht im Raum. Die Atmosphäre dazu war schon mal angenehm, dann sollte auch das Lernen und Arbeiten in Zukunft nicht allzu schwer fallen.

## Neuer Raum in Planung

Die Fachschaftsrate geben sich mit der ersten Errungenschaft jedoch nicht zufrieden und planen schon die Nutzung eines weiteren Raumes. Der Raum BB111 solle nach demselben Konzept ausgestattet werden, erklärte Tobias Kraus. Bisher wird der Raum kaum noch für die Lehre genutzt, weil es sich „speziell im Sommer nicht darin aushalten lässt“ schildert Tobias die aktuelle Situation. Man wolle den Raum nun ebenfalls für die Studierendenschaft nutzen und modernisieren. Neben der Wetter-Lage sei dieser ohnehin in die Jahre gekommen. [mehu]

# Grüne Hauptstadt: Nichts außer Prestige



Die City-Trees sollen für frische Luft am Hauptbahnhof sorgen, ihre Wirkung ist aber umstritten. (Foto: dav)

**Seit fast fünf Monaten trägt die Stadt Essen den Titel Grüne Hauptstadt Europas. Positive Auswirkungen auf den Alltag werden bisher jedoch schmerzlich vermisst. Stattdessen werden teure Prestigeprojekte gefördert.**

Wer schon einmal mit dem Rad in Essen unterwegs war, weiß: Das ist kein Zuckerschlecken. So kommt man selbst auf dem Radweg vom Campus zum Hauptbahnhof meist nur mühsam voran. Geparkte PKWs, Fußgänger\*innen oder Radfahrende auf der falschen Straßenseite zwingen zu waghalsigen Ausweichmanövern. Deutlich entspannter lässt es sich auf dem Radschnellweg fahren.

## Von abenteuerlicher Baulust

Doch das Projekt, das das ganze Ruhrgebiet von Duisburg bis Hamm verbinden soll, gerät ziemlich ins Stocken. Ausgerechnet im Grüne-Hauptstadt-Jahr scheint es, als würde in Essen nicht ein Meter Radweg dazukommen. Denn in Richtung Eltingviertel und Viehofer Platz ist sich die Stadt unsicher, wie sie denn eigentlich weiterbauen möchte. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurden drei verschiedene Varianten vorgestellt. Teils mit abenteuerlichen Vorschlägen: So soll beim von SPD und CDU favorisierten Vorschlag der Radweg durch Gebäude hindurch und über Dächer hinweg führen, eine geniale Idee. Die bauliche Umsetzung würde vermutlich Jahre dauern. Es ist sicherlich auch zu verschmerzen, die große

Zeit der Fixie-Bike fahrenden Hipster nähert sich ja auch dem Ende. Außerdem wartet Green-Capital Essen auch mit einer ganzen Reihe Innovationen auf, von denen Bürger\*innen direkt profitieren können. Die Weiße Flotte, das Ausflugsschiff auf dem Baldeneysee, bekommt eine emissionsfreie Brennstoffzelle. Ein „Pilotprojekt“, wie es Rolf Fliß, umweltpolitischer Sprecher der Ratsfraktion der Grünen, beschreibt. „Die „Emissionsfreiheit des Schiffes wird auch die abgasgeplagten Fahrgäste und Spaziergänger am Ufer erfreuen“, so Fliß weiter. Tatsächlich betitelt Fliß die Spaziergänger\*innen am Baldeneysee als abgasgeplagt – da wäre es interessant, welches Vokabular er wohl für die Anwohner\*innen an der Gladbecker Straße in Campus-Nähe wählt. Dort wurde die zweithöchste Feinstaubbelastung in NRW gemessen.

Wenigstens am Hauptbahnhof ist die Luft ja nun dank der zwei City Trees frisch und klar. Die beiden Mooswände sollen Feinstaub, Kohlendioxid und Stickstoffdioxid filtern sowie 550 Bäume und die Luft abkühlen. Das behauptet zumindest Entwickler Peter Sängler. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz bezweifelt jedoch die Wirksamkeit der grünen Wände. So erklärt Sprecherin Birgit Kaiser de Garcia gegenüber der WAZ: „Es gibt bisher keinen wissenschaftlichen Nachweis dafür, dass die Pflanzen und Moose Feinstaub und Stickstoffdioxid filtern können.“ Finanziert werden die 25.000 Euro teuren Wände von der Deutschen Bahn. Die will damit die Stadt Essen im Grüne-Hauptstadt-Jahr unterstützen. Nun, zumindest den Großteil des Jahres. Denn im Oktober sollen die High-Tech-Mooswände in eine andere Stadt umziehen und dort für frische Luft sorgen. Für alle Essener\*innen sind die Lufferfrischer, deren Wirkung angezweifelt wird, also eher ein kurzes Vergnügen, deren größte Wirkkraft wohl in der zusätzlichen PR für seine Entwickler\*innen liegt.

Reichlich PR bescherte der Stadt Essen auch die Ankündigung, das Schwimmen im Baldeneysee dieses Jahr wieder zu erlauben. Das Eröffnungsschwimmen am vergangenen Sonntag, 21. Mai, fiel dann aber buchstäblich ins Wasser, weil die Wasserqualität zu schlecht war. Am Dienstag, 23. Mai, sollte es einen erneuten Anlauf zum Jungfernschwimmen geben. Während im Essener Süden also erfolgreich Prestigeprojekte umgesetzt werden, scheitern der Essener Norden und Osten am Bau einer Fahrradtrasse. [dav]

## HIRNAKROBATIK

9	3	7	8	6	2
7		6			
	8			7	
6	9	2	8		
8				1	
		7	4	8	5
3				9	
		9			4
1	6	8	5	7	3

## WOHNHEIMGESCHICHTEN



## Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

**Projektkoordination:** Christian Patz

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huisman (mehu), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleimann (lys), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat)

**V.i.S.d.P.:** Philipp Frohn (fro)

**Auflage/Druck:** 3.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** redaktion@aktuell.de

**Web:** www.aktuell.de